MITTAGSPOST

18.03. Ausgabe 4/2022

Fraktion

Seit der letzten regulären Plenarwoche ist so einiges in dieser Welt passiert, was wir uns gerne erspart hätten. Mit dem Beginn des Angriffskrieges von Putin-Russland auf die Ukraine hat eine politische Zeitenwende stattgefunden. Auch innerhalb unserer Fraktion beraten wir durchgängig die aktuelle Lage und die ganz verschiedenen Auswirkungen des schrecklichen Krieges. Im Fokus steht natürlich mit allen möglichen Mitteln zu versuchen, den Krieg in der Ukraine zu stoppen. Und auch die Auswirkungen bei uns vor Ort müssen wir in den Blick nehmen. Sowohl die Situationen mit den Menschen auf der Flucht, als auch die Preissituation von Energie und Lebensmitteln. Gemeinsam mit der Bundesregierung liefern wir als stärkste Fraktion im Bundestag die entsprechenden Antworten. Dabei lassen wir uns ganz gewiss nicht von Populismus oder Wahlkampfgetöse treiben.

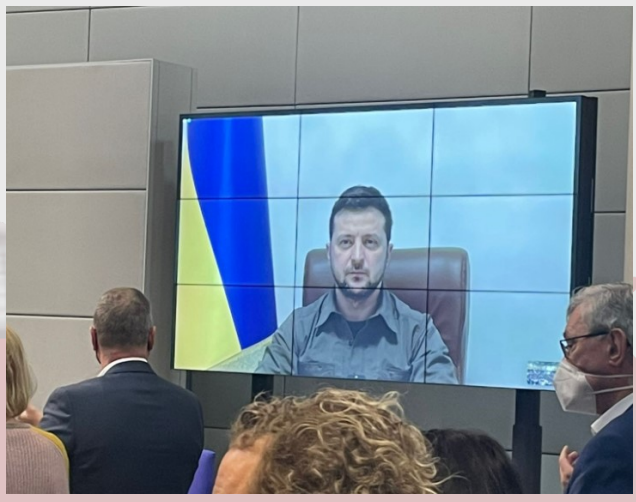
In der Fraktionssitzung haben wir auch über den in der nächsten Woche zu beratenden Bundeshaushalt gesprochen. Auch hier ergeben sich aus den aktuellen Krisen wesentliche Handlungsbedarfe. Zum Beispiel im Bereich der Wehretats oder bei der Entlastung bei den Energiepreisen. Und darüber hinaus müssen wir auch die Bekämpfung der Corona-Folgen und den weiteren Klimaschutz im Blick behalten. Es sind große Herausforderungen für eine Regierung, die noch nicht mal 100 Tage im Amt ist.

In der Fraktionssitzung haben wir außerdem den aktuellen DGB-Chef Hoffmann verabschiedet. Ihm soll die Kollegin Yasmin Fahimi nachfolgen.

Ukraine

Das Thema was diese Plenarwoche zwangsläufig beherrscht hat wie kein anderes, war der Krieg in der Ukraine:

In einer emotionalen Videobotschaft richtete sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am Donnerstag direkt an uns Bundestagsabgeordnete. Dabei bedankte er sich für die Unterstützung der Deutschen, richtete aber auch klare Appelle an uns. Denen sehen wir uns verpflichtet. Sein Ansinnen, dass die NATO-Truppen eingreifen sollten, werden wir aber auch weiterhin nicht unterstützen. Die Gefahr einer weiteren Eskalation hin zu einem europa– oder sogar weltweiten Krieg ist viel zu groß. Das sinnlose Töten und die Spirale der Gewalt in der Ukraine müssen ein schnelles Ende finden. Die Ukraine war z.B. in folgenden TOP´s Thema: Energieversorgung, Heizkosten, Kostenbelastung EEG, Ernährungssicherheit . (Link hier)



V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de

MITTAGSPOST

Berlin

Energie

Schon vor Beginn des Konfliktes in der Ukraine haben sich die Energiepreise bundesweit nach oben entwickelt. Durch den jetzigen Krieg hat sich diese Entwicklung nochmal verschärft. Dabei muss deutlich gemacht werden, dass wir aktuell keinen Mangel von Sprit oder Gas haben. Die jetzigen Entwicklungen entstehen nur durch die Spekulationen an den Märkten und durch die unter Umständen zu erwartenden Versorgungsengpässe. Ähnlich sehen wir es übrigens auch bei den Preisen von Lebensmitteln. Wir müssen deshalb alle Möglichkeiten nutzen, die Kartell- und Wettbewerbsrecht bieten, um diesen Spekulationen einen Riegel vorzuschieben. Nichtsdestotrotz ist es unsere Verantwortung kurzfristig auf die gestiegenen Preise zu reagieren. Deshalb ist es zwingend notwendig insbesondere diejenigen Menschen mit geringem Einkommen bei den gestiegenen Energiekosten zu entlasten. Daher hat sich die Ampel-Koalition auf eine deutliche Steigerung des Heizkostenzuschusses auf 270 Euro verständigt. Ursprünglich waren nur 135 Euro vorgesehen. Es profitieren unmittelbar mehr als eine Millionen Menschen davon. Daneben beschließen wir gerade ein Entlastungspaket von ca. 13 Milliarden Euro und diskutieren weitere Maßnahmen wie z.B. ein Mobilitätsgeld. Weitere Beratungen dazu laufen.

Corona

In dieser Woche haben wir wieder intensiv über die Bekämpfung der weiteren pandemischen Entwicklung gesprochen. Unter anderem debattierten wir erstmals über die vorliegenden Anträge zur Einführung einer Impfpflicht. Ich befürworte die allgemeine Impflicht für Erwachsene ab 18 Jahren. Ich glaube sie ist der geeignetste Weg um vor eine neue Infektionswelle im Herbst/Winter 2022/2023 zu kommen. Denn es gilt nach wie vor der Grundsatz: Eine Überlastung der kritischen Infrastruktur und des Gesundheitssystems muss um jeden Preis verhindert werden. Und auch nur mit ihr können wir uns dann langfristige Lockerungen wie jetzt zum 20. März leisten. Denn gerade bei den jetzigen Infektionszahlen im Vergleich zur Impfquote scheinen Lockerungen wie das Wegfallen der Maskenpflicht nicht wirklich sinnvoll.

Gesprächs-Termine

In der Sitzung der AG für Ernährung und Landwirtschaft haben wir unter meinem Vorsitz mit Minister Cem Özdemir gesprochen. Er hat uns skizziert, welche Auswirkungen der Ukraine-Krieg auf die globale Ernährungsversorgung haben kann. Positiv ist, dass wir in Deutschland

aktuell keine Engpässe zu erwarten haben. Die leeren Mehl- und Speiseölregale ergeben sich nur deshalb, weil es (mal wieder) zu Hamstereinkäufen kommt. Diese sind wirklich unnötig und deshalb appelliere ich an alle, nur nach tatsächlichem Verbrauch einzukaufen. Sorgen bereiten uns allerdings die globalen Folgen und die Gefahr einer Hungersnot in Entwicklungsländern. Hier hat Minister Özdemir zugesagt, sich gemeinsam mit seinen europäischen Kollegen für wirksame Gegenmaßnahmen einzusetzen. Über das Thema Ukraine hinaus haben wir über die großen Linien und die Vorhabenplanung in der Agrarpolitik der Ampelregierung gesprochen. In den nächsten Tagen erwarten wir bspw. endlich konkrete Maßnahmen im Bereich des Tierwohllabels. Nach Jahren des Blockierens durch die Union und den jetzigen Forderungen nach einem Zurück in der Agrarpolitik tut die neue Form der Zusammenarbeit wirklich gut.

In dieser Woche habe ich gemeinsam mit meinem Team unser neues Büro für diese Wahlperiode bezogen. Wir sind jetzt nicht mehr gegenüber des Kanzleramtes untergebracht, sondern im Jakob-Kaiser-Haus, direkt an der Spree. **Weitere wichtige Debatten im Bundestag: Mandatsverlängerung Süd-Sudan, Einsatz Sea-Guardian, Atomkraftwerke, Meinugsfreiheit in sozialen Medien.** (Link)

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de